



euro Bonn
19./20. 11. 1988
konferenz

THESEN- UND ARBEITSPAPIERE

"Tendenzen Europas"

Bonn, Schulzentrum Hardtberg

Vorbemerkung

Dem offenen Dialogcharakter der Konferenz entsprechend, sind die folgenden Texte/Arbeitspapiere, die von den jeweiligen Personen individuell verantwortet werden. Sie müssen weder den Verlauf noch die Fragestellungen in den einzelnen Foren prägen. Wir verstehen sie lediglich als Anregungen zu Meinungsstreit und vorstrukturierendes Diskussionsangebot.

Vorbereitungs-AG "Tendenzen Europas"

Peter Brollik/Klaus Mannhardt

Arbeitspapier Forum I: Tendenzen der Abrüstung - Sicherheitspolitik und Friedensfrage

1. Umbrüche in der Militär- und Sicherheitspolitik führen zu einer offenen Situation

Schon auf der Erscheinungsebene wird die Widersprüchlichkeit und Offenheit der Weltlage bzgl. völlig unterschiedlicher Entwicklungsvarianten offensichtlich. Der erste reale Ab-Rüstungsvertrag ist unter Dach und Fach, NATO- und WVO-Staaten begrüßen grundsätzlich eine Halbierung der strategischen Atomwaffen, erstreben Verhandlungen über konventionellen Rüstungsabbau in Europa. Die Bereitschaft zur Lösung diverser Regionalkonflikte (Namibia, Afghanistan, mittlerer Osten, Indochina) wird sichtbar. In unserem Land wachsen die Anträge auf Kriegsdienstverweigerung sprunghaft, Umfragen belegen noch weiter zunehmende Ablehnung eines Atomwaffeneinsatzes, der Widerstand gegen Tiefflüge ist gewachsen. Die nukleare Abschreckungsdoktrin ist in ihre größte Legitimationskrise geraten.

Andererseits hat sich der START-Abschluß verzögert, sind die Atomsprengköpfe zahlenmäßig noch angewachsen, forcieren die USA Programme für see- und luftgestützte Marschflugkörper, blockieren die Republikaner mit ihrem Wahlprogramm eine rasche Einigung auf den ABM-Vertrag. Ein weltweites C-Waffen-Verbot ist immer noch nicht zustande gekommen. Neue Waffensysteme sind geplant bzw. werden (Beispiel: Jäger 90) aktuell in Angriff genommen. Westeuropäische Militärkooperation schreitet voran.

Differenzen in der NATO - nicht nur in Reaktion auf die neue sowjetische Politik - werden sichtbar: über die Funktion von Atomwaffen, über die Zukunft von Abschreckung, über die Auslegung von Montebello und das Modernisierungstempo, über die Einbeziehung von atomaren Kurzstreckenwaffen in Verhandlungen, über das Ausmaß des "Burden sharing", über Strategiepapiere wie "Discriminate deterrence", über ein westliches "Gesamtkonzept" für Abrüstungsverhandlungen. Zwar erkennen die "Think tanks" der USA eine wachsende Unfähigkeit, die politischen und ökonomischen Ziele mit militärischen Mitteln zu lösen, suchen das Problem aber durch neue Strategien und geänderte Rüstungsparameter zu lösen. Die Zukunft der NATO, auch das Verhältnis von Westeuropa zu den USA, werden völlig neu durchdacht.

Für diese Prozesse gibt es einige objektive Ursachen:

- Sicherheit ist nicht mehr mit militärischen Mitteln zu erlangen, globale Herausforderungen müssen politisch und multilateral gelöst werden;
- das Reagan-Konzept einer politisch, ökonomisch und militärisch auf niemanden angewiesenen USA ist gescheitert; das Absinken von einer Hegemonialmacht zu einer bedeutsamen Nation neben anderen (wie auch die SU) hält weiter an;
- der "Juniorpartner" Westeuropa ist in vielen Belangen zum Konkurrenten mit eigenen Interessen geworden, zugleich ist Europa für die USA militärisch nicht mehr die herausragende Region. Beides wirkt auf die Strategie-, Lastenteilungs- und Bündnisdebatte;
- die ökonomischen Spielräume für Rüstung, die Akzeptanz in der Bevölkerung sind kleiner geworden, Kooperationsinteressen mit den sozialistischen Staaten sind nicht zuletzt seit dem Beginn der Perestroika gewachsen.

Diese Prozesse berechtigen dazu, von einer "Sicherheitspolitik im Umbruch" zu sprechen, die mit großen Chancen und großen Gefahren verbunden ist, in der aber der subjektive Faktor bei der Bestimmung des künftigen Kurses eine deutlich wachsende Rolle spielt.

2. Enger Zusammenhang zwischen Abrüstung, Umbau der internationalen Beziehungen und innergesellschaftliche Veränderungen

Abrüstung - vor allem in der Waffenkammer Nr. 1 Europa - ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für die Gesundung der internationalen Beziehungen, für vertrauensvolle Zusammenarbeit, für die Bewältigung der sozialen, ökologischen, globalen Probleme und eine neue gleichberechtigte Zusammenarbeit auf ökonomischem Gebiet. Kollektive Sicherheit verlangt mehr:

International die Lösung des Verschuldungsproblems, wissenschaftliche Kooperation, kulturelle Zusammenarbeit, ökologische und ökonomische Kooperation sowie Strukturen der

Zusammenarbeit auf demokratischer, jedem Volk die gleichen Rechte in der Gemeinschaft und bzgl. der Wahl seiner sozialen Ordnung einräumenden Basis.

National ist ein breit angelegtes Programm der Entmilitarisierung und Demokratisierung der Gesellschaft einzuleiten - d.h.: Zurückdrängung des militärisch-industriellen Komplexes als bestimmender Faktor des öffentlichen Lebens, Beschneidung der Rüstungsaufträge und -exporte, Konversionsprogramme, Modernisierungsstop bei Waffensystemen, direkte Mitentscheidungsrechte der Bevölkerung über Abrüstungsfragen, Senkung der Wehrdienstzeit u.v.m. Damit wird eine Basis für weitergehende Abrüstung geschaffen.

Wie wichtig als erster Schritt innergesellschaftlicher Veränderungen ein Bewußtseinswandel in der Bevölkerung ist, hat nicht zuletzt das Zustandekommen des INF-Vertrages dokumentiert.

3. Der Rahmen für Sicherheit und Abrüstung in Europa

Kollektive Sicherheit und Abrüstung in Europa sind nur unter Einbeziehung aller KSZE-Staaten (d.h. auch der Mitglieder von NATO und WVO insgesamt) denkbar. Ein Ausklammern z.B. der USA wäre weder realistisch (angesichts ihrer Militärpotentiale und politischen Bedeutung), noch wünschenswert (sollen aus Europa abzuziehende US-Streitkräfte etwa einfach in die USA, nach Nah-Ost, etc. verlegt werden dürfen und die strategischen Waffensysteme unangetastet bleiben?), noch entspräche dies den realen Bedrohungsängsten voreinander (die sich ja gerade auf die sowjetischen und US-Potentiale beziehen).

Mehr Sicherheit gibt es aufgrund dieser großen Zerstörungspotentiale heute nur für alle oder keinen. Das darf aber nicht demagogisch gegen regional begrenzte oder einseitige Abrüstungsschritte eingewandt werden, denn auch solche Schritte können die Sicherheit aller vergrößern (militärische Entflechtungszonen in Europa verhindern z.B. für alle das Hineinschliddern in einen "Krieg aus Versehen").

Deshalb steht die Forderung nach Einbeziehung des gesamten NATO- und WVO-Gebiets in den Abrüstungsprozeß nicht im Gegensatz zu einem zunächst auf Europa bzw. auf Regionen bezogenen Konzept.

4. Die sozialistischen Staaten wollen ohne Rüstung leben, die kapitalistischen Länder könnten heute fast ohne Rüstung auskommen.

Die Staaten des Warschauer Vertrages bieten heute umfassende Zusammenarbeit, friedlichen Systemwettbewerb, Abrüstung inklusive Beseitigung aller ausländischen Militärstützpunkte als friedenspolitische Zielstellung an. Sie fordern drastische Mittelkürzungen bei der Rüstung. Die Perestroika ist darauf gerichtet, in den friedlichen Wettstreit zur Gestaltung einer humanen Welt einzutreten.

Ein Blick auf die jüngste Geschichte zeigt aber, daß es heute auch für die kapitalistischen Länder kaum noch einen rationalen Grund für immense Rüstungsarsenale gibt:

- In den kapitalistischen Zentren spielt das Militär - anders als in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern - zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung kaum noch eine Rolle (was nicht von der inneren Militarisierung ablenken soll!).
- Ein "Roll back" des Sozialismus mit militärischen Mitteln (Gray's Enthauptungsstrategie etc.) erscheint heute keinem realistisch denkenden Politiker mehr möglich, Kooperation und andere Formen der Auseinandersetzung scheinen zunehmend fruchtbarer zu sein (die "Eindämmung" des Sozialismus mit militärischen Mitteln steht auf einem anderen Blatt!).
- Die Ausplünderung "3. Welt" - das heißt national, aber nicht ökonomisch unabhängiger Staaten - hat (in der Regel ohne direkte militärische Intervention!) deren Schulden in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als versechsfacht. Selbst progressive Regierungen stellen wegen dieser Abhängigkeiten keine akute "Gefahr" für das internationale Kapital dar.

- In Krisenregionen haben direkte Formen militärischer Intervention immer weniger den gewünschten Erfolg gebracht (siehe Vietnamkrieg, Libanon-Einsätze, Luftangriff auf Libyen, Manöver um Nicaragua; Ausnahme: der Überfall auf das sehr kleine Grenada). Dem stehen - neben den Profitinteressen der Rüstungsindustrie - als abrüstungshemmende Faktoren entgegen:
- Im wesentlichen unrealistische Versuche, eine einstige Vormachtstellung in der Welt (USA, in Abstrichen auch die nuklearen Supermächte Frankreich und Großbritannien) durch militärische Stärke aufrecht erhalten zu können;
- die nach wie vor wirksame politische und ökonomische Anbindung von Staaten durch Rüstungsexport und indirekte Intervention (Stützen von Militärregimes wie in Chile oder von Contra-Gruppen);
- Spekulationen über Instabilitäten in den sozialistischen Ländern und über deren Entwicklung/Verhalten in einer ernsthaften Krise.
- Die bei realistischer Beurteilung der Weltlage für die kapitalistischen Länder noch funktional erscheinenden militärischen Interessen sind aber weder ein ausreichender Grund für ein Pulverfaß Europa mit seinen existenzbedrohenden Dimensionen, noch für die riesigen Waffenarsenale, Atomwaffen oder Blockstrukturen wie die NATO. Darin liegt eine objektive Chance für die Friedenskräfte.

5. Der erste Schritt wird der schwerste sein

Abrüstung muß in Europa beginnen. Zu Recht verweisen die Länder der "3. Welt" mit Zorn auf die Waffenberge des "reichen Nordens". Dabei ist der Anfang das schwierigste Wegstück: Ist erst einmal ein Zustand intensiver Zusammenarbeit der Regierungen und Völker erreicht, sind Rüstungen drastisch, das heißt auf "Angriffsunfähigkeit" reduziert und herrscht auch in militärischen Belangen unbedingte Glasnost, gibt es keinen erkennbaren Grund mehr, nicht auch die verbleibenden, ja nicht mehr angriffstauglichen Rüstungsbestände in kurzer Zeit zu beseitigen.

Allgemeine und vollständige Abrüstung ist daher mehr als "nur" soziale Verteidigung (Befreiung eines oder einiger Länder von der Rüstung durch Abzug/Verlegung von Truppen und Rüstungen ohne vollständige Beseitigung zum Beispiel der Atomwaffen) und mehr als "nur" strukturelle Angriffsunfähigkeit.

Aber als qualitativ neue Ausgangslage, als "Zwischenziel", die Militärpotentiale für Bedrohungen und Angriffe untauglich zu machen, wird "Angriffsunfähigkeit" von großer Bedeutung sein können, wenn sie sich auf den gesamten NATO- bzw. WVO-Bereich erstreckt. Sollte dieses Ziel zum Beispiel in den nächsten 20 bis 30 Jahren realisiert werden können, stehen die Türen für umfassende Abrüstung bis auf Minimalbestände weit offen.

6. Angriffsunfähigkeit - ein realistisches Konzept?

Angriffsunfähigkeit bedeutet natürlich nicht, zu jeglicher aggressiven Handlung unfähig zu sein (Es wird immer möglich sein, ein Attentat zu verüben oder eine Bombe im Regierungssitz einzuschleusen etc.). Insofern ist der Begriff ungenau. Der Begriff sollte aber einen Zustand definieren, in dem

- a) alle Massenvernichtungswaffen beseitigt und somit die militärische Existenzbedrohung der gesamten Menschheit bzw. der eines ganzen Landes beendet sind; weiterhin
- b) die Fähigkeit zur massiven Schädigung der anderen Seite (sei es durch Luftangriffe/Raketen als "Vergeltungslektion" für unpäßliches politisches Verhalten, sei es durch Landnahme, Zerstörung von Städten, Infrastruktur etc.) nicht mehr existiert und
- c) keine Überlegenheit durch Überraschungsangriffe bzw. keine Überlegenheit in einem länger andauernden Krieg mehr erreichbar ist.

Diesen Kriterien wird die Abschreckungsdoktrin nicht gerecht. Von den genannten Punkten ist heute lediglich Teil 2 von c) im Sinne einer "gegenseitig garantierten Zerstörung" (MAD) gewährleistet. Auch zahlreiche "Defensiv-Verteidigungs-Modelle" erfüllen diese Kriterien nicht, indem sie entweder die Fortexistenz zum Beispiel von Nuklearwaffen oder - wie von Bülow in seinem ursprünglichen Entwurf - das Recht auf "Deep-Strike"-Fähigkeit beinhalteten. Zudem sehen mehrere Modelle erhebliche "Nachrüstungen" bei sogenannten Defensivwaffen und damit einen neuen Rüstungswettlauf um das "perfektere System" sowie Kostensteigerungen für die Rüstung vor.

Angriffsunfähigkeit durch Technik, durch den Ausbau von Waffen und Streitkräften herbeizuführen - eine "rein defensive Waffe" kann es gar nicht mehr geben, da sie immer auch zum Schutz des eigenen Angriffs verwandt werden kann -, ist ein gefährlicher Irrweg. Das gilt auch für die Bundeswehr-Beschaffungsprogramme, die von der SPD-Fraktion in ihrer Mehrheit prinzipiell befürwortet wurden.

Ein Konzept, das tatsächlich Angriffsunfähigkeit im oben genannten Sinn für sich beanspruchen will, muß in Europa sowie unter Einbeziehung der USA und UdSSR - neben politischen und ökonomischen Veränderungen (siehe oben) - zumindest folgende Schritte militärischer Abrüstung beinhalten:

- die völlige Beseitigung von Waffen mit massiver und grenzüberschreitender Wirkung (ABC-Waffen, Raketen über etwa 30 km Reichweite, Kampfflugzeuge, Militär-U-Boote und schwere Überwasserkampfschiffe inklusive Flugzeugträger, amphibisches und Luftlande-Gerät);
- die drastische Reduzierung von Großkampffgerät und präsenten Streitkräften einschließlich dem Abzug ausländischer Truppen, vor allem bei Artillerie- und Flugabwehrgeschützen, gepanzerten Fahrzeugen aller Art, Kampfhubschraubern, motorisierten Kräften; Beseitigung von Luftlande- und amphibischen Kampftruppen, Umstrukturierung des Heeres auf kleinere und leichter bewaffnete Einheiten;
- die Einrichtung militärisch verdünnter Zonen ohne bewegliches und gepanzertes Großkampffgerät, Raketen und weitreichende Artillerie, größere Flugplätze, Depots, Brückengerät etc., dafür mit internationalen Kontrollorganen und zahlreichen Inspektions- und Verifikationsmöglichkeiten; regionale Obergrenzen für alle weiteren verbleibenden Streitkräfte und Bewaffnungen;
- der Verzicht auf neue Waffensysteme, neue Waffentypen und auf quantitative Aufrüstung in irgendeinem Bereich.

Das kann natürlich nur in einem Prozeß erreicht werden, in dem die bestehende Blockkonfrontation durch ein gemeinsames Sicherheitssystem ersetzt wird, was auch die Überwindung der Militärblöcke einschließt.

7. Zwischenschritte auf diesem Weg

Ein gangbarer Weg, um zu diesem Ziel zu gelangen, könnte darin bestehen, in einer ersten Phase:

- die nukleare Abrüstung in allen Kategorien und Regionen auf minimale Restbestände fortzuführen und chemische Waffen abzuschaffen;
- konventionelle Waffen und Streitkräfte auf gemeinsame Obergrenzen in allen Bereichen zu reduzieren - zum Beispiel auf 50 Prozent des jeweils Schwächeren - mit besonderer Priorität bei den oben genannten, besonders destabilisierenden Waffensystemen;
- einen Entwicklungs- und Anschaffungsstopp für qualitativ neue Waffensysteme zu vereinbaren, den Rüstungsexport drastisch einzuschränken und unter internationale Kontrolle zu stellen;
- vertrauensbildende Maßnahmen wie militärisch verdünnte Zonen, Begrenzung von Manövergrößen, umfassende und öffentliche Verifikation etc. zu vereinbaren;
- die Rüstungshaushalte deutlich zu kürzen und Konversionsprogramme auf nationaler Ebene zu verabschieden.

Für die meisten dieser Schritte liegt eine grundsätzliche Bereitschaft der WVO-Staaten bereits vor. Sobald dieses Zwischenziel erreicht ist, könnten in einem nächsten Schritt die oben genannten Waffensysteme völlig beseitigt, alle übrigen Waffen und Streitkräftestärken parallel reduziert und die Entflechtungszonen ausgebaut werden, bis die dargestellte Angriffsunfähigkeit erreicht ist. In dieser Phase müssen auch grundsätzlich neue Strukturen für die verbleibenden Streitkräfte unter Verzicht auf Großverbände geschaffen werden.

Auf nationaler Ebene sind bereits in der ersten Phase deutliche Kürzungen des Verteidigungshaushalts, vor allem durch Absenkung der Präsenzstärke der Bundeswehr und Rücknahme von W18, durch Verzicht auf neue Waffenentwicklungen und -beschaffungen sinnvoll und durch Konversionsprogramme sowie mehr Transparenz und Kontrolle der Rüstungsindustrie zu ergänzen (um nur einige Beispiele zu nennen).

8. Ansatzpunkte für Abrüstung in Europa heute

Abrüstung in Europa wird ohne engagierte, eigenständige Abrüstungsschritte auch einzelner Staaten, nur mit Beschwörungsformeln der "Bündnisloyalität" in der NATO kaum vorankommen. Die Initiative der sechs Balkan-Länder zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Südeuropa oder die Weigerung der skandinavischen Länder zur Kernwaffen-Stationierung in Friedenszeiten erhöhen die europäische Sicherheit. "Militärische Unabhängigkeit von den USA" im Sinne eines zweiten Pfeilers der NATO erhöht hingegen die Gefahr von Rüstung und Konfrontation.

Zur Abrüstung der Atomwaffen:

Strategische Atomwaffen bedrohen Europa, solange es sie überhaupt noch gibt. Sollte START erfolgreich sein, darf keine Atempause entstehen: Anschlußverhandlungen über weitere Reduzierungen unter Einbeziehung Frankreichs und Großbritanniens (erster Schritt für sie: Einfrieren des Bestands) müssen beginnen. Ein atomwaffenfreies Europa (vielleicht zunächst nur zu Land und in der Luft, dann aber auch in den europäischen Meeren) muß zusammen mit dem Atomwaffenverzicht auch der USA und der UdSSR eingefordert werden. Welcher Weg dazu der erfolversprechendste ist, hängt von der jeweiligen politischen Situation ab: Die - vernünftigen - Vorschläge einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa oder einer dritten Null-Lösung scheitern heute an der flexible-response-Doktrin der NATO und der Haltung der Bundesregierung. Ohne diese Ziele eine Minute lang aufzugeben, besitzen daher Forderungen nach Beseitigung der atomaren Gefechtsfeldwaffen (Sprengköpfe) und Reduzierung der Kurzstreckensysteme (mit dem Ziel ihrer Beseitigung) ein eigenständiges Gewicht, um US-Plänen für einen unüberschaubaren "Wald" von gemischten, sogenannten "dual-capable"-Systemen entgegenzuwirken.

Zur konventionellen Abrüstung:

Sie wird entscheidend davon abhängen, ob die NATO-Staaten ihre Blockadehaltung gegen drastische Reduzierungen auch des eigenen Potentials aufgeben und alle Bereiche konventioneller Rüstung einzubeziehen bereit sind. Daran ändert auch das flexible, entgegenkommende Herangehen der UdSSR nichts, zunächst auch "nur" über die Abrüstung einzelner Systeme zu verhandeln. Von der Bundesregierung muß die Bereitschaft zu drastischen Reduzierungen auf allen Gebieten eingefordert und für unser Land (zum Beispiel im Rahmen einer 50-Prozent-Reduzierung) konkretisiert werden: Senkung der Bundeswehr-Friedensstärke auf 250 000, entsprechender Abzug der ausländischen Streitkräfte, Senkung der Wehrdienstzeit auf 12 Monate, Stop neuer Waffenentwicklungen/-anschaffungen, Auflösung von grenznahen Militärflugplätzen, Waffendepots, schwerem Brückengerät und größeren Kampfeinheiten und Rückzug schweren Materials aus dieser Verdünnungszone; Halbierung aller Waffensysteme. Auf europäischer Ebene sind entmilitarisierte Zonen (zum Beispiel Mittelmeer, Nord- und Ostsee) der Sicherheit aller von Nutzen. Weitere Maßnahmen (vergl. Punkt 6, 7) sind erforderlich, doch sollten diese ersten Schritte eine Art "Nagelprobe" für Abrüstungsbereitschaft sein. Sie dürfen nicht Hintertüren für weitere Rüstung (zum Beispiel für sogenannte Defensiv-Systeme) offenlassen. Der Rüstungsexport in Nicht-KSZE-Länder ist unter internationaler Aufsicht zu reduzieren und dann ganz einzustellen.

Zu den Militärblöcken und einem kollektiven Sicherheitssystem:

Abrüstung erfordert Zusammenarbeit und Vertrauen. Eine europäische Friedensordnung kann nicht dauerhaft mit zwei gegeneinander hochgerüsteten Militärblöcken funktionieren. Sie muß die Ausschließung jeder kriegerischen Handlung (in Europa und außerhalb), die Schaffung gemeinsamer Arbeitsforen zur Lösung der europäischen und globalen Probleme, die Anerkennung auf freie Wahl der sozialen Ordnung für jedes Volk, die Durchsetzung umfassender Menschenrechte (politisch, sozial, ökologisch, kulturell, humanitär) in allen KSZE-Staaten, die Sicherheit der Grenzen bei gleichzeitiger Überwindung ihres trennenden Charakters und gemeinsame Sicherheitsstrukturen und -organe vorsehen. Dazu könnte die KSZE ausgebaut werden. Zur Kontrolle der Abrüstung ist mit dem Aufbau solcher Strukturen auch auf "militärischem"

Gebiet zu beginnen (Wissenschaftler- und Expertengruppen als gemischt-nationale Inspektoren-Teams). Die - stets weiter abzubauenen - Rest-Rüstungen könnten einem gemeinsamen Kontrollorgan (Abrüstungsausschuß o.ä.) unterstellt werden.

9. Ansatzpunkte für die Friedensbewegung unseres Landes

Für die Friedensbewegung kommt es darauf an, zum einen die übergreifenden Abrüstungsziele zur Meßlatte politischen Handelns zu machen, indem die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung in diese Richtung ausgebaut wird. Ein noch breiterer und konkreterer Konsens über solche Zielstellungen ist - der jetzigen Etappe entsprechend - notwendig geworden. Zugleich bestehen gegen Nach- und Ersatz-Rüstungen sowie gegen Blockadepolitik von Abrüstung Bevölkerungswiderstände, die aktuell mobilisiert werden müssen, um geeigneten Druck ausüben zu können. Bewegung ist in die Parteien links der Regierung geraten: die SPD schwenkt auf 50%ige Abrüstung auch der Streitkräfte ein, jedoch hat sie eine weiterhin unklare Haltung zur westeuropäischen Militärkooperation, zur Abschaffung aller Atomwaffen und zu sogenannten "Defensiv-Waffen". Die Grünen haben gegen alle Militarisierungsschritte deutlich Position bezogen, jedoch fehlen nach wie vor klare Positionen zum europäischen Abrüstungsprozeß. Die DKP hat endlich mit der Erarbeitung eines umfassenden Abrüstungskonzeptes begonnen.

Im Regierungslager brechen die Differenzen über den weiteren Gang der Dinge auf, die für die Friedensbewegung von Bedeutung sind: die Debatte um atomare Kurzstreckensysteme, den Jäger 90, das "Gesamtkonzept" für konventionelle Abrüstung und über die Notwendigkeit, auch selbst zur Abrüstung beitragen zu müssen. Hinzu kommen Haushaltsprobleme und der wachsende Erwartungsdruck der Wählerbasis. Welche Tendenzen sich letztlich durchsetzen werden, ist daher - auch innenpolitisch - noch offen.

Gerd Matzke

Thesen zum Forum II: Perspektiven systemübergreifender Zusammenarbeit in Europa

Vorbemerkung

1. Seit dem Beginn des Kalten Krieges hat der Ost-West-Gegensatz die internationale Politik bestimmend geprägt. Ein Blick in die europäische Geschichte seit 1917 zeigt, daß diese Konstellation sich nicht zwingend aus der Existenz der beiden Gesellschaftssysteme Sozialismus und Kapitalismus ergibt. In der Entspannungspolitik der 70er Jahre, insbesondere im KSZE-Prozeß, wurden Ansätze zur Überwindung dieser Konstellation sichtbar.

Soll die Rede von einem gemeinsamen Haus Europa mehr sein als eine neue Verpackung für alte Politik, dann gilt es, diese Ansätze zur bestimmenden Tendenz der europäischen Politik zu machen, das heißt zugleich anzuknüpfen an die Entspannungspolitik der 70er Jahre und zugleich ihre Beschränktheit zu überwinden.

Die folgenden Thesen dienen der Konkretisierung dieser Gedanken.

2. Die Thesen beschränken sich im Wesentlichen auf die politischen Beziehungen der europäischen Staaten (+ USA, Kanada). Damit sind insbesondere zwar Fragestellungen "unterbelichtet", deren intensivere Behandlung in der Arbeitsgruppe wünschenswert ist:

- Europa/europäische Sicherheit und globale Probleme und
- ökonomische und ökologische Aspekte europäischer Sicherheit.

I. Ein Blick in die europäische Geschichte seit 1917

(die Überschrift ist ernstgemeint: es geht hier also nicht um den - illusorischen - Versuch einer umfassenden Charakterisierung dieses Geschichtsabschnitts).

Seit der Entstehung des ersten sozialistischen Staates in Europa bei Fortexistenz kapitalistischer Staaten hat der politische Gegensatz zwischen diesen Staaten (Systemen) verschiedene Formen angenommen:

- Bis zur Gründung der NATO 1949 - oder richtiger: bis zur Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO 1955 - stellten die fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten keinen einheitlichen militärischen Block dar. Sowohl im 1. als auch im 2. Weltkrieg führten diese Staaten Krieg gegeneinander, seit 1941 die eine Gruppierung im Bündnis (Antihitler-Koalition) mit der Sowjetunion.
- Auch in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen bestand keine auf dem Gegensatz der Gesellschaftssysteme beruhende politisch-militärische Blockbildung. Im Gegenteil: das deutsche Reich durchbrach seine diplomatische Isolierung nicht mit Hilfe der Westmächte (die diese Isolierung ja gerade mit dem Versailler Vertrag festgeschrieben hatten), sondern mit Hilfe des Vertrages von Rapallo mit der Sowjetunion.
- Allerdings haben sich im Laufe der Zeit alle führenden kapitalistischen Staaten an militärischen Aktionen gegen die Sowjetunion beteiligt - sei es in den Interventionskriegen, sei es im 2. Weltkrieg. Es gab auch Tendenzen der Bildung einer Einheitsfront mit antisozialistischer/antisowjetischer Stoßrichtung, die sich teilweise in den Verträgen von Locarno und im Münchener Abkommen zeigen (ohne das diese allein auf das Bestreben zur Schaffung einer antisowjetischen Front zurückgeführt werden sollen).

Auch in der Antihitler-Koalition zeigten sich durchaus die weiterbestehenden Gegensätze zwischen den beteiligten Staaten und äußerten sich z.B. in den Auseinandersetzungen um die Eröffnung der 2. Front.

Überblickt man also die Zeit von 1917 bis 1945, so ergibt sich keine einheitliche, konstante Frontbildung entsprechend dem Systemgegensatz Kapitalismus/Sozialismus. Vielmehr ist diese Zeit gekennzeichnet durch eine Überlagerung dieses Gegensatzes und der Gegensätze innerhalb der Gruppierung der kapitalistischen Staaten.

Auch nach 1945 gab es Gegentendenzen zur militärischen Blockbildung entsprechend dem Systemgegensatz Kapitalismus/Sozialismus:

- So verhinderte z.B. der traditionelle Gegensatz Frankreich/Deutschland die Bildung der EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) und damit zunächst die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Blocksystem. Eine Reihe europäischer kapitalistischer Staaten (Finnland, Schweden, Schweiz, Österreich) haben sich bis heute diesem System entzogen. Frankreich zog sich 1967 aus den militärischen Strukturen der NATO zurück. Und selbst militärisch integrierte Staaten wie Dänemark und Griechenland bringen fast schon traditionell abweichende Meinungen in Fußnoten zu NATO-Kommuniqués zum Ausdruck.
- Auch die 1955 - nach der Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO (!) - gebildete Warschauer Vertragsorganisation (WVO) umfasste nie alle europäischen sozialistischen Staaten. Jugoslawien war von Anfang an nicht Mitglied und hat von Beginn an eine führende Rolle in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten gespielt; Albanien trat 1968 aus der WVO aus. Rumänien betreibt seit Jahren eine sehr eigenständige (teilweise auch sehr eigenwillige) Außenpolitik. Außereuropäische sozialistische Staaten waren nie Mitglieder der WVO.

Das bisher Gesagte hat nicht den Sinn, die Bedeutung des Systemgegensatzes als Grundlage der Blockkonfrontation im kalten Krieg zu negieren. Es zeigt aber, daß selbst für die kältesten Perioden des Kalten Kriegs eine Verabsolutierung, eine Betrachtung allein unter diesem Gesichtspunkt nicht adäquat ist.

II. Erfahrungen der Entspannungspolitik, insbesondere des KSZE-Prozesses

Sowenig der Kalte Krieg allein durch Blockkonfrontation gekennzeichnet ist, so wenig sind die 70er Jahre allein durch Entspannungstendenzen gekennzeichnet.

Gleichwohl kommen in der Entspannungspolitik der 70er Jahre neue Tendenzen der internationalen Politik zum Ausdruck. Das zeigt sich insbesondere in der Konferenz von Helsinki (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - KSZE, 1975) und dem durch sie eingeleiteten "KSZE-Prozeß".

Bereits das Stattfinden der Schlußphase der KSZE auf höchster politischer Ebene (30. Juli-1. August 1975) stellt ein Novum (und auch seitdem nicht wiederholtes) Ereignis in der europäischen Geschichte dar. Im Unterschied zu früheren, mehr oder weniger gesamteuropäischen Konferenzen (z.B. Wiener Kongreß, Versailler Konferenz) traten die Teilnehmerstaaten auf der KSZE einander nicht als Sieger oder Besiegte, sondern vollständig gleichberechtigt gegenüber.

In der Schlußakte von Helsinki ist der Mitte der 70er Jahre erreichte Stand der Entspannung in der "Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten", kodifiziert und auf dieser Grundlage ein umfangreicher Katalog der "Zusammenarbeit in Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt" und der "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" entwickelt worden:

- In der Präambel der Schlußakte wird erklärt, ihre Annahme sei "von dem politischen Willen getragen, im Interesse der Völker ihre Beziehungen zu verbessern und zu verstärken, in Europa zum Frieden, zur Sicherheit, zur Gerechtigkeit und zur Zusammenarbeit sowie zur Annäherung zwischen ihnen und den anderen Staaten der Welt beizutragen." Dieser Gedanke - sowohl der Friedenssicherung und Zusammenarbeit in Europa als auch der Annäherung zu den anderen Staaten der Welt - wird in der Schlußakte an verschiedenen Stellen hervorgehoben.

Dem entspricht auch die in der Präambel der "Erklärung über die Prinzipien" enthaltene "Bekräftigung ihrer vollen und aktiven Unterstützung für die Vereinten Nationen und für die Stärkung ihrer Rolle und Wirksamkeit bei der Festigung des internationalen Friedens sowie der internationalen Sicherheit und Gerechtigkeit und bei der Förderung der Lösung

internationaler Probleme sowie bei der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, soweit sie als Mitglieder der Vereinten Nationen dazu gehalten sind, und im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen".

- In der "Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten", erklären die Teilnehmerstaaten *"ihre Entschlossenheit, die folgenden Prinzipien, die alle von grundlegender Bedeutung sind und ihre gegenseitigen Beziehungen leiten, ein jeder in seinen Beziehungen zu allen anderen Teilnehmerstaaten, ungeachtet ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme, als auch ihrer Größe, geographischen Lage oder ihres wirtschaftlichen Entwicklungsstandes, zu achten und in die Praxis umzusetzen."*

- I. Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte;*
- II. Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt;*
- III. Unverletzlichkeit der Grenzen;*
- IV. Territoriale Integrität der Staaten;*
- V. Friedliche Regelung von Streitfällen;*
- VI. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten;*
- VII. Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit;*
- VIII. Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker;*
- IX. Zusammenarbeit zwischen den Staaten,*
- X. Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.*

Grenzen der Entspannungspolitik der 70er Jahre zeigen sich vor allem darin, daß Fragen von Rüstung und Abrüstung in der Schlußakte eine untergeordnete Rolle spielen. Allerdings enthält das "Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" den folgenden Abschnitt:

"II. Fragen im Zusammenhang mit der Abrüstung

Die Teilnehmerstaaten anerkennen ihrer aller Interesse an Bemühungen zur Verminderung der militärischen Konfrontation und Beförderung der Abrüstung, die darauf gerichtet sind, die politische Entspannung in Europa zu ergänzen und ihre Sicherheit zu stärken. Wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, auf diesen Gebieten wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die durch ihren Umfang und ihre Natur Schritte darstellen, um schließlich eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen und die zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt führen soll."

Im Abschnitt "III. Allgemeine Erwägungen" des Dokuments wird der "komplementäre Charakter der politischen und militärischen Aspekte der Sicherheit" betont. Konkrete Festlegungen enthält die Schlußakte allerdings im militärischen Bereich lediglich zu den vertrauensbildenden Maßnahmen. Weitere Grenzen der Entspannungspolitik der 70er Jahre werden in einer großen Zahl dehnbarer und interpretationsfähiger und -bedürftiger Aussagen der Schlußakte von Helsinki deutlich.

Der Hinweis auf diese Grenzen soll nicht die Bedeutung des KSZE-Prozesses oder der Entspannungspolitik der 70er Jahre insgesamt herabsetzen. Ein Herauskommen aus der Sackgasse des kalten Kriegs konnte sich nicht mit einem einmaligen "Befreiungsschlag" vollziehen. Eine Position des "alles oder nichts" hätte in den 70er Jahren nicht zu Fortschritten, sondern zu weiterem Immobilismus führen müssen. Es ist Ausdruck dieses Übergangscharakter dieses KSZE-Prozesses, daß sein konstituierendes und unverzichtbares Prinzip - die Konsensbildung unter allen beteiligten Staaten, unabhängig von politischem, sozialem System, Größe usw. - zugleich als Hemmnis erscheint.

In welche Richtung kann/muß dieser Prozess also weiterentwickelt werden?

III. KSZE und "gemeinsames Haus Europa"

Viele sind fasziniert, manche eher irritiert von der schillernden Bedeutung, die die Rede vom "gemeinsamen Haus Europa" hat. In dieser Unbestimmtheit kommt zum Ausdruck, daß wir uns - um

im Bild zu bleiben - noch mitten im Architektenwettbewerb für dieses Haus befinden. Denn es ist sehr verschiedenen politischen Kräften in Europa - von den Friedensbewegungen bis zu Regierungskräften in Ost und West - in den letzten Jahren zunehmend deutlich geworden, daß ein Neubau dringend notwendig geworden ist.

Wenn auch die folgenden Fragen und Thesen noch kein fertiges Konzept vom gemeinsamen Haus entwerfen können, so soll doch versucht werden, einige Richtungen anzudeuten, in denen Lösungen zu suchen sind.

1.

Die innereuropäischen Entwicklungen sind nicht zu trennen von globalen Entwicklungen - nicht nur auf Grund der geschichtlichen Verantwortung europäischer Staaten für die Zerstörung eigener Entwicklungsstrukturen in der außereuropäischen Welt durch Kolonialismus und die Einbeziehung in die beiden Weltkriege. Ohne europäische Beiträge werden sich die heutigen globalen ökologischen und Entwicklungsprobleme nicht lösen lassen. Ihre weitere Verschärfung und ihre Entladung in ökologischen bzw. politisch-sozial-ökonomischen Katastrophen würde auch Europa in Mitleidenschaft ziehen. Deshalb ist die Beteiligung an der Überwindung der globalen Probleme unabdingbarer Bestandteil der Gestaltung des gemeinsamen Hauses Europa.

2.

Ein Zurück hinter das im KSZE-Prozeß erreichte darf es nicht geben. Die Entwicklung aller seiner Aspekte - von der politischen Entspannung über die Menschenrechte bis zur ökonomischen usw. Zusammenarbeit - ist notwendig. Dabei hat das traditionelle diplomatische Prinzip des "do ut des" ("Ich gebe, damit Du gibst") durchaus eine begrenzte Berechtigung, solange und sobald es eingebettet ist in das Bestreben, gemeinsame Interessen an einer Fortentwicklung der gegenseitigen Beziehungen in den Vordergrund zu stellen.

3.

Das "gemeinsame Haus Europa" muß mehr sein, als "nur" die Weiterentwicklung der KSZE. Schon heute bestehen vielfältige bilaterale Beziehungen zwischen den Staaten der beiden Bündnisysteme und den Nichtpaktgebundenen und neutralen Staaten - bis hin zu den sich entwickelnden Beziehungen des EG-RGW. Sicher sollte dort, wo es möglich ist, ein Konsens aller 35 KSZE-Teilnehmerstaaten gesucht werden; aber diese Suche darf nicht zur Rechtfertigung für entspannungspolitischen Immobilismus verkommen.

4.

Die 2. Hälfte der 70er und die erste Hälfte der 80er Jahre haben gezeigt, daß politische Entspannung und ökonomische usw. Zusammenarbeit solange gefährdet bleiben, wie die militärische Konfrontation aufrechterhalten bleibt und sogar noch verschärft wird. Ohne Abrüstung und eine umfassende Zurückdrängung des militärischen Faktors wird das gemeinsame Haus Europa über kurz oder lang zum Totenhaus.

5.

Die zentrale Bedeutung von Abrüstung und Zurückdrängen des militärischen Faktors darf keine Beschränkung auf diese Aufgabe zur Folge haben. Wenn Europa zum gemeinsamen Haus werden soll, dann muß nicht nur der militärische Faktor abgebaut werden, es müssen Beziehungen in allen gesellschaftlichen Bereichen entwickelt werden.

6.

Sowohl im Bereich der Abrüstung als auch in ökonomischen, ökologischen, humanitären und anderen Bereichen wird zunehmend deutlich, daß die Entwicklung der europäischen Beziehungen nicht der Diplomatie und den Regierungen allein überlassen bleiben darf. Denn aus der zwingenden Notwendigkeit der Abrüstung ergibt sich - wie die letzten Jahre zeigen - keineswegs automatisch eine entsprechende Politik.

Ebensowenig allerdings können Regierungen und Diplomatie aus ihrer Verantwortung für die Zukunft Europas entlassen werden. Die offizielle Diplomatie kann und muß ergänzt - oder auch "angetrieben" - werden durch Aktionen der gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere der Friedensbewegungen, und durch Volksdiplomatie - ersetzt werden kann sie dadurch nicht.

7.

Die beiden in Europa bestehenden Militärblöcke eignen sich auf Dauer nicht als stabile Stützen für das gemeinsame Haus Europa, denn ihre Existenz rührt aus der Zeit des vorrangigen Gegeneinander. Jede realistische Konzeption muß aber mit ihrer zeitweiligen Weiterexistenz rechnen. Wie weit beide Bündnisse zu einer konstruktiven Rolle in der Lage sind, wird die politische Praxis zeigen müssen.

Bernhard Pfitzner

Thesen Forum III: Die Rolle Westeuropas

- Gliederung:
1. Westeuropa - Neue Dynamik
 2. Westeuropäische "Supermacht"?
 3. Die "Europäisierung" der Sicherheitspolitik
 4. Westeuropäische Außenpolitik - Mythos oder Realität?
 5. Westeuropäische Perspektiven

1. Westeuropa - Neue Dynamik

Vergleicht man die Lage der EG am Ende der siebziger Jahre mit der heutigen Situation, so ist der Unterschied frappierend. Am Ende der siebziger Jahre schien ein nicht bewältigter Strukturwandel die ökonomische Integration der EG zu lähmen, war von "Eurosklrose" und technologischem Rückstand die Rede, blieb die Währungszusammenarbeit auf die Erhaltung Wechselkursstabilität beschränkt und die Sicherheitspolitik der westeuropäischen Staaten fand ihren Platz noch ausschließlich in der NATO. Offensichtlich hatte die Fähigkeit der westeuropäischen Staaten zu gemeinschaftlichen Lösungen im Rahmen der EG abgenommen, das Beharren auf Nationalstaatlichkeit und Souveränität hingegen zugenommen. Der Konsens zur Fortführung der Integration schien auf einem Tiefpunkt angelangt. Die Stimmen, die der EG eine geringe Perspektive - weniger im Sinn eines Zusammenbruch als im Sinn einer allmählichen Aushöhlung - einräumten, nahmen zu.

Am Ende der achtziger Jahre ist die Agonie einer Aufbruchsstimmung gewichen. Die Realisierung des Binnenmarktes soll neue Wachstumsfelder zu erschließen, die Technologielücke scheint geschlossen, der ECU ist auf dem Vormarsch und die Sicherheitspolitik hält Einzug in die westeuropäische Institutionen. Mehr noch, die heute im Rahmen der EG auf den Weg gebrachten Vorhaben reichen weit in die neunziger Jahre. Die Binnenmarkt-, die Technologie- und die Währungspolitik sowie die Kooperation in der Außen- und Sicherheitspolitik scheinen einem Prozeß der westeuropäischen Verschmelzung zu unterliegen, wie er im Übergang zu den achtziger Jahren noch als undenkbar erschien. Der westeuropäische Integrationsprozeß entfaltet - sowohl auf ökonomischem wie auch auf politischem Gebiet - offensichtlich eine neue Dynamik.

Daher stellt sich die alte Frage nach den und inneren äußeren Perspektiven der westeuropäischen Integration und Politik im Übergang zu den neunziger Jahren mit neuer Dringlichkeit. Wie wird der Akteur Westeuropa künftig beschaffen sein? Wie steht es mit der Innenausstattung seiner Macht, wie mit ihrer Außenausstattung? Wie wird er sie einsetzen? Wer sitzt an den Schalthebeln? Wie können Gegenmachtpositionen entwickelt werden? Mit welchen Inhalten und Akteuren? Welche innere Struktur müßte Westeuropa aufweisen, um einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der Probleme Abrüstung, Ökologie und Entwicklung leisten zu können?

2. Westeuropäische "Supermacht"?

In ihren Ursprüngen war die EG nicht nur als wirtschaftliches, sondern auch als politisches Projekt angelegt. Der Schaffung des gemeinsamen Marktes durch die Errichtung einer Zollunion und eines gemeinsamen Außenzolls sollte die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion und schließlich die Schaffung einer politischen Union in Form einer Föderation oder Konföderation folgen. Von den angestrebten Zielen konnten jedoch nur die Zollunion, die Regulierung des Agrarmarktes und die gemeinsame Handelspolitik verwirklicht werden, während die Wirtschafts- und Währungsunion bereits im Ansatz stecken blieb. Die nationale Konkurrenz auf dem Gemeinsamen Markt und auf Drittmärkten, die Heterogenität der Mitgliedstaaten sowie die ungleiche ökonomische und politische Entwicklung der Mitgliedstaaten der EG wirkten einer Vertiefung der ökonomischen Integration in Richtung Wirtschafts- und Währungsunion entgegen. Damit war auch politischen Integrationsplänen in Richtung einer politischen Union die Grundlage entzogen. Statt zu einem Ausbau der supranationalen Elemente der westeuropäischen Kooperation kam es zu einer Zunahme hegemonial strukturierten Formen der intergouvernementalen Zusammenarbeit. Die westeuropäische "Supermacht" ist eine realitätsfernen Vorstellungen entspringende Fiktion geblieben.

Das heißt jedoch nicht, daß Ökonomie und Politik in Westeuropa nicht weiter zusammenwachsen. Aber weder läßt sich dieser Prozeß mit den Kategorien der klassischen Außenpolitik noch mit den Begriffen jener Integrationspolitik beschreiben, die danach trachtet, den Nationalstaat zu überwin-

den und ihn in einer neuen transnationalen staatlichen Einheit aufgehen zu lassen. Vielmehr entwickelt sich die EG als eine der nationalen Politik komplementäre Ebene, auf der angesichts des hohen internationalen Vergesellschaftungsgrades national nicht zur regulierende Problemlagen Lösungsansätzen zugeführt werden können. Das EG-System, zu dem neben der EG im engeren Sinn, bestehend aus Ministerrat und Kommission, auch der Europäische Rat, die Europäische Politische Zusammenarbeit und das Europäische Parlament gezählt werden können, bleibt also dem Nationalstaat nicht über-, sondern als von ihm dominierte Instanz beigeordnet. Differente nationale Interessen werden also nicht aufgehoben, sondern bleiben Bestandteil sowohl der Struktur der westeuropäischen Integration als auch der Politik der EG.

3. Die "Europäisierung" der Sicherheitspolitik

Die Auseinandersetzungen um den "Unilateralismus" der USA und die "Selbstbehauptung" Westeuropas zeigen, daß die Bedeutung der NATO für die Sicherheitspolitik "des Westens" in den letzten Jahren abgenommen hat. Offensichtlich sind die Motive, die der NATO konstierend zugrunde lagen, einer Erosion ausgesetzt, die sich auch durch politische Erklärungen und Willensbekundungen nicht aufhalten läßt. So tritt neben den auf Europa konzentrierten Ost-West-Konflikt als dem eigentlichen Gegenstand der NATO zunehmend die "Gefährdung" westlicher Interessen in der Dritten Welt. Auch als konfliktbegrenzender Rahmen, in dem die USA und Kanada mit Westeuropa und die westeuropäischen Staaten untereinander ihre politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickeln, verliert die NATO angesichts des relativen Abstiegs der USA und der politischen und wirtschaftlichen Stabilität in Westeuropa ihren einstigen Stellenwert.

Neben der bestehenden dualen Struktur in den ökonomischen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa bildet sich nun auch eine duale Struktur in den sicherheitspolitischen Beziehungen heraus. Als Reaktion auf die hegemoniale Stellung der USA in der Weltwirtschaft hatte Westeuropa mit der Bildung der EWG sowohl eine nationale Öffnung zum als auch eine gemeinsame Abschließung vom Weltmarkt vollzogen. Das so ermöglichte ökonomische "Aufholen" der europäischen Mitgliedstaaten der NATO bildet nun die Basis für die Forderung nach mehr Mitsprache im Bündnis. Aufgrund der Verbindung von Außenhandel und Staat bleiben auch die Handelskonflikte nicht ohne Rückwirkungen auf die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA.

Daher mußte der in der "Ära Reagan" unternommene Versuch, den Führungsanspruch der USA in der "Atlantischen Allianz" zu erneuern sowie die Bündnisbeziehungen mit den westeuropäischen Staaten für die eigenen Ziele in den Ost-West- und Nord-Süd-Beziehungen zu instrumentalisieren, vor dem Hintergrund der besonderen entspannungspolitischen Interessen der westeuropäischen Staaten zu einer tiefgreifenden Krise in den West-West-Beziehungen führen, die die Kohäsion der Bündnisbeziehungen auf beiden Seiten des Atlantiks vermindert und "Europa" als Bezugs- und Definitionsrahmen westeuropäischer Sicherheitspolitik wieder stärker zur Geltung gebracht hat. Es zeigte sich, daß die USA als "Hegemonialmacht im Abstieg" nicht mehr in der Lage sind, ihre Interessen und die daraus resultierende Sichtweise internationaler Politik für das Bündnis insgesamt als verbindlich zu erklären und durchzusetzen.

Stattdessen haben westeuropäischen Gremien wie die WEU, die EPZ und der bundesdeutsch-französische Verteidigungsrat an sicherheitspolitischer Bedeutung gewonnen. Aber auch weitergehende Konzeptionen haben sich herauskristallisiert. Die Überlegungen einer sicherheitspolitischen Neuformierung reichen von einem autonomen "europäischen Pfeiler" in der NATO bis hin zu einer Neuauflage der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft", die mit der EG unter einem politischen Dach verbunden werden kann. Gegenwärtig dominiert allerdings eine Gleichzeitigkeit von weitreichenden Ankündigungen und relativer Tatenlosigkeit. Dieses Nebeneinander resultiert aus den widersprüchlichen Zielen, die mit der "Europäisierung" verfolgt werden. Während einerseits die USA wieder stärker an Westeuropa gebunden und das System der Abschreckung aufrechterhalten werden sollen, bildet die "Europäisierung" gleichzeitig eine Vorbereitung auf die auf beiden Seiten des Atlantiks eingeforderte Bündnisreform "von oben".

Denn auch in den USA beschleunigt sich der Prozeß der strategischen Abkoppelung von Westeuropa. Da die pazifische und die karibische Region für die USA ökonomisch, politisch und militärisch weiter an Bedeutung gewinnen, verliert das aus ihrer Sicht politisch und militärisch stabile Europa seine einmalige Bedeutung und wird zu einer - wenn auch wichtigen - Region unter mehreren. Vor dem Hintergrund der anhaltenden sicherheitspolitischen Differenzen ist daher eine Verminderung des Beitrags der USA zu Potential, Politik und Strategie der NATO zu erwarten. So

führte der "Schock von Reykjavik" den westeuropäischen Staaten noch deutlicher als das SDI-Projekt vor Augen, daß zentrale Elemente der Bündnisstrategie von den USA zur Disposition gestellt werden, um als "national" deklarierte Sicherheitsinteressen durchzusetzen. Die "erweiterte Abschreckung" ist daher ein kaum in die Zukunft zu verlängernder Mythos. Hinzu kommt, daß die Rückführung des Haushalts- und Außenhandelsdefizits der USA sowie die Steigerung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit eine Verminderung der Rüstungsausgaben, die v.a. zu Lasten der Aufwendungen für die NATO gehen wird, unumgänglich machen. Um das militärische Bündnis mit den USA und das nukleare Abschreckungssystem in Europa zu erhalten, bleibt daher den westeuropäischen "Atlantikern" nur eine "europäische Option".

Die Diskussionen über die "Europäisierung" der Sicherheitspolitik wirft die Frage auf, welche Konsequenzen eine größere Eigenständigkeit Westeuropas in diesem Bereich haben wird. Wird ein aus der relativen Abkoppelung von den USA resultierender weiterer Aufwuchs des militärischen Potentials und eine mögliche Dominanz der Bundesrepublik in Westeuropa neue Gefahrenpotentiale schaffen? Oder zieht eine Abkoppelung eine Verminderung des Drohpotentials der NATO nach sich, weil die aus unterschiedlichen Interessenlagen resultierenden Differenzen in den Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA eine Bündelung der Politik nicht zulassen? Wäre gar eine Entwicklung denkbar, in der sich die westeuropäischen Staaten angesichts der revolutionären Entwicklungen in der UdSSR und den Veränderungen in ihrer Außenpolitik sich konstruktiv an einem Prozeß der Abrüstung und Blockauflösung und dem Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung beteiligen?

Die gegenwärtig dominante Entwicklungsrichtung der "Europäisierung" der Sicherheitspolitik scheint Konzepte gemeinsamer Sicherheit und kooperativer Sicherheitsstrukturen weitgehend auszuschließen und auf die Formierung eines "Aufrüstungsdreiecks Bonn-Paris-London" hinauszulaufen. Aber der sicherheitspolitische Umbruch schafft auch eine in gewissem Maß offene Situation, in der alternative Überlegungen und Konzepte politikmächtiger werden können. Denn auch eine Reform der Sicherheitspolitik "von oben" kann sich nicht allein in rüstungspolitischen Maßnahmen erschöpfen und läßt auch in der herrschenden Sicherheitspolitik neue Konfliktlinien entstehen.

Denn auch konservative Kräfte müssen sich die Frage stellen, wo die politischen und sozialen Grenzen fortwährender Nach- oder Umrüstungen liegen. So kann ein im Verhältnis zum Gesamthaushalt rascher steigender Rüstungsetat den stabilen Grundkonsens der etablierten Parteien, trotz aller Divergenzen Rüstungs- und Sozialetat nicht in ihrer Gegenüberstellung zu thematisieren, sondern getrennt zu halten, unter dem Druck sozialer Bewegungen zerbrechen lassen. Angesichts wachsender sozialer und ökonomischer sowie ökologischer und internationaler Probleme werfen bereits heute reale Erhöhungen der Rüstungsausgaben politisch größere Probleme auf als in der Vergangenheit. Zudem geht von der neuen sowjetischen Innen- und Außenpolitik eine politische Dynamik aus, die die Legitimation tradiertter Sicherheitspolitik zunehmend schwieriger macht und die dazu beitragen kann, einigen "europäischen" Erfahrungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Diese in den letzten vierzig Jahren akkumulierten und selbst Konservativen zugänglichen Erfahrungen besagen lediglich, daß in Europa Waffen kein Hebel der Veränderung mehr sein können. Sie sind in ihrer geschichtsmächtigen Kraft längst durch wirtschaftliche und technologische Parameter sowie durch die Fähigkeit zur Gewährleistung relativ menschenwürdiger Lebensbedingungen abgelöst. Waffen taugen lediglich als eine Art "Rückversicherung". D.h., sie haben letztlich nur noch den Zweck, der nationalen Politik im Fall zugespitzter innerer Konflikte eine von außen nicht zu beeinträchtigende Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.

Diese Faktoren können auf längere Sicht dazu beitragen, daß sich selbst konservative Kräfte der Einsicht beugen müssen, daß die Logik der gegenwärtig praktizierten Sicherheitspolitik auch unter einer eigenständigen westeuropäischen Regie historisch überholt ist und politisch und sozial auf die Dauer unbezahlbar zu werden droht. Dann können in der "Europäisierung" der Sicherheitspolitik Modelle der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West größere politische Bedeutung gewinnen.

4. Westeuropäische Außenpolitik - Mythos oder Realität?

Gestützt auf ein bedeutendes Wirtschaftspotential, auf den aus den Erweiterungen der EG resultierenden internationalen Bedeutungszuwachs und auf die Erfahrung gemeinschaftlicher Absprachen im Rahmen der VN oder der KSZE-Konferenzen beanspruchen die Mitgliedstaaten über die EG weitgehende Mitspracherechte in der internationalen Arena. Die Mitgliedstaaten der EG versuchen daher, in außenpolitischen Fragen "mit einer Stimme zu sprechen". Den Gegenstand der

Außenpolitik der EG bildet vorzugsweise die Dritte Welt mit den Schwerpunkten Naher Osten, Südliches Afrika, Zentral- und Südamerika. Diese Regionen sind nicht von ungefähr weitgehend deckungsgleich mit westeuropäischen Wirtschaftsinteressen. Außen- und Außenwirtschaftspolitik sind in der EG eng verwoben. Auch wenn sich die im Rahmen der EG vollzogene Außenpolitik zumeist noch in einer "Politik der Erklärungen" erschöpft und daher von vielen als nicht existent betrachtet wird, kommt ihr ein wachsender Stellenwert zu. Denn die von der Politik der USA abgehobenen deklaratorischen Konzessionen oder Verurteilungen besitzen oft einen aufschließenden Charakter, der den politischen und ökonomischen Zugang zu Regionen in der Dritten Welt erleichtert und festigt.

Gegenwärtig unterhalten über 120 Staaten mit der EG diplomatische Beziehungen. Sie sind Ausdruck der Tatsache, daß auch in der Dritten Welt ist die Attraktivität der EG gewachsen ist. Die hohe Rohstoffabhängigkeit der EG-Staaten versetzt viele Staaten der Dritten Welt in eine relativ günstige Position, die die EG-Staaten zu partiellen Zugeständnissen zwingt. Zudem bestehen noch vielfältige Bindungen von Staaten der Dritten Welt an ehemalige Kolonialmächte. Doch die EG ist nicht nur wirtschaftlich als Absatzmarkt für die Dritte Welt von Bedeutung. Da die EG als Zusammenschluß von einzelnen Staaten nicht über die politische und ideologische Homogenität der USA oder Japans verfügt, stellt die EG in der Perzeption vieler Entwicklungsländer einen zu bevorzugenden Kooperationspartner dar.

Dies begünstigt einen nicht nach traditionellem Muster ablaufenden, weil mit wirtschaftlichen Zugeständnissen und politischer Flexibilität verbundenen Neokolonialismus. Dessen Effektivität gerät aber mit abnehmenden ökonomischen Spielräumen an die Grenzen seiner Möglichkeiten. Sowohl in den Verhandlungen über ein drittes Lomé-Abkommen als auch die Haltung der westeuropäischen Staaten zur Verschuldungsproblematik wird eine zunehmend starrere Position der Mitgliedstaaten der EG deutlich. Zugleich intensiviert sich die Suche nach weitergehenden, auch militärischen Machtmitteln.

Tendenzen, die Beziehungen zu Drittstaaten v.a. in der Dritten Welt zu "militarisieren", sei es durch Rüstungsexporte, Militärabkommen und militärische Präsenz oder durch die Aufstellung von Interventionskapazitäten und deren Einsatz, liegen in der gegenwärtig dominierenden Logik eines Sicherheitskonzepts, daß den Topos der "sowjetischen Bedrohung" durch den der "globalen Gefährdung" ersetzt. Die Koordination des Einsatzes westeuropäischer Militäreinheiten im Persischen Golf durch die WEU kann als erster Schritt einer engeren Zusammenarbeit der europäischen NATO-Staaten außerhalb des Vertragsgebiets der NATO gewertet werden. Notwendig wäre jedoch Schritte in eine andere Richtung. Denn nur auf der Grundlage eines nicht-militärischen Begriffs von Sicherheit kann Westeuropa den aus der Unterentwicklung erwachsenen Konflikten, Krisen und Kriegen begegnen. Notwendig ist ein Umbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EG und den Staaten der Dritten Welt sowie die Bereitstellung der durch Abrüstung freiwerdenden Mittel für die Entwicklung der Dritten Welt.

5. Westeuropäische Perspektiven

Innerhalb Westeuropas hat sich die EG durch Nord- und Süderweiterungen gegenüber anderen Integrationsmodellen behaupten können. Bei den verbliebenen Nicht-EG-Staaten steht das Verhältnis zur EG heute wieder im Zentrum der außenpolitischen Diskussion. In Österreich, der Schweiz und Schweden ebenso wie in Norwegen und Finnland ist bei allen maßgeblichen Gruppierungen eine gewachsene Bereitschaft zur Annäherung an die EG festzustellen. Insbesondere die Pläne für einen einheitlichen Binnenmarkt und die technologische Kooperation sowie die Intensivierung der außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der EG-Staaten üben eine Sogwirkung aus, der sich kein Nicht-EG-Staaten entziehen kann. Auch die sozialistischen Länder und der RGW suchen engere Beziehungen zur EG. Auch bilden vor dem Hintergrund der Internationalisierung von Austausch, Kapital und Produktion die Mechanismen der EG in den Augen der Mitgliedstaaten weiterhin notwendige Regulierungsinstrumentarien. Denn der grenzüberschreitende Vergesellschaftungsgrad sowie die damit verbundene Ausweitung des Terrains sozialer und politischer Auseinandersetzungen verlangen ebenso wie die globalen Gefährdungslagen nach einem von der nationalen Ebene abgehobenen, übergreifenderen Artikulationsrahmen.

Auf diesen Rahmen müssen sich auch Gegenkräfte beziehen. Denn obwohl Internationalisierungsprozesse und sich globalisierende Problemlagen den regionalen Rahmen Westeuropas überschreiten, ist eine Bearbeitung dieser Prozesse und Probleme ohne Berücksichtigung der westeuropäischen Ebene kaum möglich. Daher geht es vor allem um die Frage, welche Politikvariante sich

durchsetzt. Eine konstruktive westeuropäische Politik könnte sich auf zentrale Problemkreise wie Abrüstung, Entwicklung, Ökologie und Arbeit positiv auswirken. Das "Europa" der EG steht weder von seinen Ursprüngen noch von seiner Entwicklung für einen humanen, sozialen und ökologischen gesellschaftlichen Fortschritt. Die Demokratie- und Mitbestimmungsdefizite sind offensichtlich und drohen sich vor dem Hintergrund der Schaffung eines "Europas der Unternehmer" noch zu verschärfen. Die Entwicklung und Durchsetzung einer "anderen Politik" setzt voraus, daß die westeuropäischen Strukturen und Positionen, die einer Korrektur des vorherrschenden Gesellschaftsmodells entgegenstehen, bearbeitet und mit Alternativen konfrontiert werden. Auch wenn Alternativen vorerst kaum zu realisieren sein werden, sind sie für die anschauliche, nachvollziehbare Kritik der herrschenden westeuropäischen Politik und die politische Mobilisierung notwendig.

Klaus Peter Weiner

Fragen/Thesen Forum IV: "Strategie der Linken in Europa"

"Dieses Europa, wie es sich bis heute entwickelt hat und sich nun mit einem durch geheime und direkte Wahl gewählten Parlament versieht, ist gesellschaftlich, ökonomisch und politisch ein Gebilde, das die Linke nicht vorhergesehen hat und demgegenüber sie in ihren traditionellen Formen politisch verspätet und organisatorisch entwaffnet dasteht. Im europäischen Kontext betrachtet, erscheint die Krise der Linken weiter fortgeschritten als unter irgendeinem anderen Gesichtspunkt." (Rossana Rossanda, 1979)

1. Ist die Einschätzung richtig, daß "die Linke" gegenüber der Dynamik des europäischen Politikprozesses "verspätet" reagiert und deshalb organisatorisch und politisch entwaffnet dasteht - ja, daß "die Krise der Linken" im europäischen Kontext weiter fortgeschritten ist als unter anderen Gesichtspunkten?

Mögliche Ursachen liegen darin, daß europäische Konzepte ideologisch, wie der Gemeinsame Markt politisch, Bestandteil und Kalkül des Kalten Krieges, insbesondere in den Fünfzigern, an der europäischen "Systemfront" waren. Sie liegen darin, daß die Linke unfähig war, diese politischen Kalküle und Wirkungen von positiven Aspekten wie der Überwindung nationalstaatlicher Borniertheit, der notwendigen Verbindung von europäischer Einigung und Abrüstung zu trennen. Es stellt sich die Frage, ob die Linke überhaupt soetwas wie eine eigene, positive europäische oder westeuropäische Konzeption bislang entwickelt.

2. Sind diese spezifischen Probleme der Linken bezüglich (West) Europa nicht eng verbunden mit ihren enormen Schwierigkeiten mit dem Komplex Modernisierung/Konservative Offensive korrekt umgegangen zu sein?

Es gehört zu den gravierenden Problemen linker Strategie-Debatte und Konzeption, daß eine (zu mechanische) Verbindung/Identität von wissenschaftlich-technischer Revolution, "Modernisierung", konservativer Offensive und Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen konstatiert wurde. Damit kam es zu einer verengten, traditionalistischen Sichtweise der Wirkungen der neuen wissenschaftlich-technischen Revolution; durch Befangensein im Industrialismus der herkömmlichen Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen - West wie Ost - wurden diese Prozesse wesentlich als "krisenverschärfend" oder aber als Mechanismus zur Etablierung und Zuspitzung der konservativen Wende wahrgenommen, jedenfalls zu wenig als politische Herausforderung auch linker Politik oder gar Chance für neue Möglichkeiten von Politikkonzeption begriffen. Die Verlängerung alter "Zusammenbruchstheorien" in einem neuen Ökonomismus, in Bezug z.B. auf die EG-Entwicklung, war ein weiterer Aspekt linker Unfähigkeit Europa umfassend zu denken.

3. Die Überwindung der manifesten Krise der Linken beinhaltet unverzichtbar und als daher wesentlichen Bestandteil die Konzeption eigenständiger, "moderner" Europavorstellungen. An vorderster Stelle steht die Entwicklung fortschrittlicher Grundforderungen und Konzepte zur EG, das Herausarbeiten und Betreiben fortschrittlicher transnationaler Bündnisse und Vernetzungen in ihrem Rahmen. Während das Abnehmen von Einflußmöglichkeiten der traditionellen Linken konstatiert werden muß, hatte es zu Beginn der sechziger Jahre qualitativ neue Entwicklungen gegeben. Die politische Polarisierung der 68er Phase, weitreichende Umbrüche der vergangenen 20 Jahre wurden wesentlich durch soziale Bewegungen neuer Struktur bearbeitet. Teils gegen hinhaltenden oder heftigen Widerstand traditionell linker Organisationen, Parteien und Gewerkschaften. Dies schloß und schließt partielle Kooperation zwischen autonomen sozialen Bewegungen und linken Organisationen durchaus nicht aus, wie Massenbewegungen gegen den Vietnamkrieg, der Solidarität mit Chile, Nicaragua und Südafrika ebenso erwiesen haben wie die zum politischen Faktor gewordene internationale Friedensbewegung, die AKW- und Ökologiebewegung ebenso wie die globale Frauenbewegung. Die Ungleichzeitigkeiten der "single issue" Bewegung, mit entsprechendem problematischem Verhältnis zu politischer Taktik/Kontinuität, und der Organisationen der Linken, die qualitativ neue Fragestellungen nicht oder unklar wahrnahmen, ist mit Ursache, warum durchaus massenorientierte, partiell hegemoniefähige politische Impulse nicht verstärkt werden konnten.

4. Wie kann - aus Sicht der linken, demokratischen Kräfte - das Verhältnis der europäischen Gemeinschaft zum "Europäischen Haus" grundsätzlich und konkret aussehen? Kann am "Ende der Nachkriegszeit", im Wesentlichen geprägt von der neuen Relevanz und Funktionsvielfalt Europas im weltpolitischen Prozess, eine "Hausordnung" entwickelt werden, die Einwirkungsmöglichkeiten der Linken in der EG und ihren einzelnen Ländern verbessert? Oder besteht die Gefahr, erneut/weiterhin, von den konkreten politischen Auseinandersetzungen auf EG-Ebene abzugehen,

z.B. angesichts der Realisierung des europäischen Binnenmarktes 1992, angesichts der Notwendigkeit und Möglichkeit, offensiv politische Forderungen zu entwickeln?

5. Lassen sich aus dem mit "Neuem Denken" beschriebenen Herangehen Konsequenzen für innenpolitische Konflikte und Kampagnen ableiten - zumal solche, die die Hegemoniechancen (im Sinne Gramscis) der Linken verbessern? Bietet dieses Neue Denken, das ja von der Fähigkeit zur Aufnahme und Synthese eines Pluralismus von Interessen und Konzepten geprägt wird, die Chance zur notwendigen Gesamterneuerung der politischen Kultur der Linken und dabei einer Überwindung der Polarisierung zwischen "Antikommunismus" und "Stalinismus", die die Linke vorrangig in Selbstrechtfertigungsstrategien verwickelt hat?

Oder handelt es sich im Wesentlichen/lediglich/in erster Linie um geistige Grundlagen für die neue Gestaltung der internationalen Beziehungen, insbesondere einer antagonistischen Systemkooperation zwischen Sozialismus und Kapitalismus?

6. Wie kann das bestehende Defizit in der Abstimmung, ja bereits im Entwickeln von Dialog und Meinungsstreit innerhalb der westeuropäischen Linken überwunden werden? Ist die Vermutung begründet, daß bisherige Versuche immer an der Sorge um die Durchsetzung eines bestimmten Internationalismus-Verständnisses gescheitert sind? Bietet demgegenüber nicht die heutige Lage - einerseits der Zwang, sich auf die neuen europäischen Realitäten einzustellen, andererseits das Abebben alter Kontroversen und Konflikte - eine große Chance, dieses Defizit zu überwinden und zu neuen, gleichberechtigten Möglichkeiten gemeinsamen Handelns, zumindestens gemeinsamen Meinungsaustausches zu gelangen? An der Schnittstelle der politischen Systeme muß die europäische Linke konzeptionelle Beispiele für friedlichen Systemwettbewerb, Konzepte zur Transformation kapitalistischer Industriestaaten und eines nicht entfaltenen Sozialismus anbieten. In einer Periode umfassender "Krise der Zivilisation" (Kraussin) muß gerade die europäische Linke auf und für diesen Kontinent positive und massenfähige Konzepte zur Überwindung der Arbeitslosigkeit unter den Bedingungen der dritten industriellen Revolution, der Verstetigung und Vertiefung des europäischen Entspannungs- und Abrüstungsprozesses jenseits von Rüstungskontrolle und Krisenmanagement, entwickeln. Sie muß nicht zuletzt auch in Überwindung eines eigenen linken Eurozentrismus im Verhältnis zu sich befreienden Ländern und Völkern der "Dritten Welt" neue Formen konkreter und solidarischer Hilfe entwickeln, die einen wichtigen Beitrag zur Überwindung von Neokolonialismus (von den IWF-Schulden bis zum Giftmüll-Imperialismus) ermöglicht.

Peter Brollik/Uwe Knickrehm

NEUES DENKEN - NEUES NACH-DENKEN - NEUE POLITIK

"Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als unwälzende Praxis gefaßt und rationell verstanden werden" (Marx)

"... das Alphabet der Epoche, seit im Schatten der Hochrüstung der Grundsatz der Pariser Commune KEINER ODER ALLE in seine endgültige Bedeutung tritt." (Heiner Müller)

"Neues" Denken?

Radikal veränderte Umstände, die Möglichkeit des kollektiven Menschheits-Selbstmords, fordern ein radikal neues Verhalten primär zur geschichtlichen Realität von Krieg und Frieden. Krieg war und ist bis heute als legitime Verteidigung nationaler Interessen gerechtfertigt bis verherrlicht worden, im "Völkerrecht" und in der politischen Praxis. Trotz theoretischer Differenzierungsversuche ("gerechter Krieg") gilt dies prinzipiell bis heute.

Die Tötungs-Hemmung des Menschen wurde durch Ideologie, Erziehung und/oder Propaganda immer aufs Neue überwunden: vom "Krieg als Vater aller Dinge", über "Krieg als Fortsetzung der Politik unter Einmischung anderer Mittel" bis zu "Leben heißt Sterben - für den Führer" und darüber hinaus. 3000 Jahre Geschichte waren global und lokal Kriegs-Geschichte, begleitet von unterschiedlichen Ursachen-Interpretationen.

Friede war Erholungspause zwischen den Kriegen, Interpunktion des Eigentlichen, mehr oder weniger hinhaltender Waffen-Stillstand. Friedensschlüsse waren *"der Vorbehalt (reservatio mentalis) aller erst künftig auszudenkender Präntentionen, deren kein Teil für jetzt Erwähnung tun mag, weil beide zu sehr erschöpft sind, den Krieg fortzusetzen, bei dem bösen Willen, die erste günstige Gelegenheit zu diesem Zwecke zu benutzen..."* (Kant, Zum ewigen Frieden).

Real existierender Friede, der mehr als Nicht-Krieg sein muß, war aber auch ein Ideal, Traum, Sehnsucht, Vernunftappell in den Köpfen versprengter Einzeldenker, - meist mit klammheimlichem Zweifel an der Verwirklichung behaftet. Seit es Geschichte gibt, hat es gegen die andauernde Wirklichkeit des nur gelegentlich atemholenden Krieges gedachte Utopien eines "ewigen" Friedens gegeben, der eben dies sein sollte: mehr als bloß Waffen-Stillstand. Von Aristoteles über Erasmus von Rotterdam, Kant, Jean Paul bis Einstein, Bloch und Russell. Diese Utopien des Friedens sind überliefert in Philosophien, Religionen, Kunst und Literatur; politikfähig und geschichtsträchtig sind sie kaum je geworden. Auch die Arbeiterbewegung als Hoffnungsträger des paradoxen "Krieg dem Kriege" ist hier wesentlich, in der Praxis, gescheitert. Insofern sind die Quellen "Neuen Denkens" gar nicht neu.

Zum Ende des 19. Jahrhunderts, besonders nach dem 1. Weltkrieg schien es, als ob "Pazifismus" eine bewegende Kraft zur Veränderung von "Realpolitik" werden könnte. Aber alle Ansätze zu einer politischen Institutionalisierung sind gescheitert, vom Völkerbund über die verschiedensten Rüstungsbeschränkungen zwischen den Weltkriegen bis hin zu den Vereinten Nationen. Erst in jüngster Zeit scheinen die Veränderungen eine neue positive Kriegs-hemmende Funktion der UNO zu ermöglichen (Iran/Irak, Angola), die die Möglichkeit kollektiver Anti-Kriegs-Politik aufscheinen läßt.

Die "Kann-Bruchstelle" der Geschichte

Beginnend mit der künstlichen Spaltung des Atoms 1938, der faschistischen Massenvernichtung in Todesfabriken, dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki 1945, lebt die Menschheit unter der Drohung, daß die Gattung Homo sapiens im atomaren Holocaust klassenübergreifend von der Erde getilgt wird, ist im mehrstufigen Prozeß die Aussicht auf Unabwendbarkeit des Endes von menschlicher Geschichte Realität geworden - wenn es nicht zu noch nicht dagewesener Bewußtseins-Veränderung kommt.

Seither treten alle Wie-Fragen hinter die Ob-Frage zurück: die nämlich, ob die Menschheit weiterbestehen werde oder nicht. Daraus resultiert die Anforderung an eine neue Ethik in allen zivilisatorischen Bereichen: gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation, Solidarität der Menschen statt profitträchtigem Gewinn- und Verlustspiel, humane Qualität der Ökonomie statt rationalistisch-expan-

sivem Wachstum, Miteinander von Natur und Mensch statt gegenseitiger Zerstörung. Zentral-Bewußtsein muß werden: so kann es nicht weitergehen, bei der Atomrüstung, der Umweltzerstörung, der physischen und psychischen Vernichtung durch Arbeitslosigkeit und Armut, der Bereicherung weniger Reicher auf Kosten der Armen und Unterdrückten, demokratische Empfindsamkeit gegen Korruptionen - wir brauchen eine historisch neue Qualität des Bewußtseins und des Fühlens, klassen- und schichtenübergreifend, bei allen sozialen Zerreißproben im Einzelnen. Man kann zusammenfassend, so wie es in letzter Zeit sowjetische Wissenschaftler versuchen, für diese Zuspitzung globaler Probleme wenige Jahre vor dem Ausgang des 20. Jahrhunderts den Begriff einer "Krise der menschlichen Zivilisation" verwenden (Krassin). Die erneute wissenschaftlich-technische Revolution, der qualitative Sprung in der Entwicklung von Produktivkräften bringen Eingriffe in Natur und menschliches Leben in völlig neuer Dimension hervor. Damit wird die Welt ganzheitlich, die Menschheit selber zunächst Objekt der Veränderungsprozesse. Diese neuen historischen Kräfte erscheinen "wie ein Rasiermesser in der Hand eines dreijährigen Kindes" (Einstein), weil sich die Menschheit eben (noch) nicht entsprechend den neuen Erfordernissen organisiert und verwirklicht. Das Abgleiten in die tiefe Krise der menschlichen Zivilisation, das bedrohliche Anwachsen der Haupt- Destruktivkräfte (Atom und Atomrüstung, Rüstung überhaupt, Umweltvernichtung durch Industrialismus etc.) ist in seiner Dimension bei weitem noch nicht ausreichend realisiert worden. Dies hat Konsequenzen, die bislang noch nicht zutiefst durchdacht und völlig absehbar sind. Es kann z.B. für Marxisten politisch bedeuten: die Regelung der Klassenfrage ist (weit) hinter die Lösung der Gattungsfrage Frieden zurückzustellen. Das heißt z.B. für Christen: ohne die Erhaltung des Diesseits, dieser unserer Welt, sind alle Reflexionen über ein Jenseits am Ende, sind wahrhaftig ein "End-Spiel".

"Alle Menschen sind tötbar. In diesem neuen Satz hat sich die Wahrheit nun seitdem eingenistet. Wie vieles sich auch seit 10 Jahren verändert haben mag, die Bombe, unter deren Bedrohung wir leben, hat dafür gesorgt, daß sie auch heute noch in diesem Satz haust... Diese Veränderung ist es, die die Geschichte in ihr neues Zeitalter vorgeschoben hat. Die den Zeitaltern zukommenden Titel hätten also zu lauten: 1. Alle Menschen sind sterblich. 2. Alle Menschen sind tötbar. 3. Die Menschheit als ganze ist tötbar." (Günther Anders).

Die "historische" Chance

Trotz (oder wegen) des quantitativen und qualitativen Sprungs in der Entwicklung von Tötungsmitteln hat sich die Drohung mit Krieg zur Erlangung und Durchsetzung von (Welt)Herrschaft in der Politik fortgesetzt: Abschreckung statt Selbst-Abschreckung. Andererseits: verspätet und vielleicht zusätzlich befeuert durch die Erkenntnis der Un-Friedlichkeit "ziviler" Kernenergie (Jahrzehnte wurde "mit der Bombe gelebt"), vielleicht nicht zu spät, hat das Apokalypse-Bewußtsein Millionen Menschen wortwörtlich in Bewegung gebracht, um die herrschende (Kriegs-)Politik zur Umkehr zu bewegen und zu zwingen. Aber eine "historische Chance", das Ende der menschlichen Geschichte abzuwenden, gibt es erst, seit eine der im Systemkonflikt verstrickten Großmächte, die UdSSR, auf der konzeptionellen Grundlage umfassenden "Neuen Denkens" eine neue Politik handelnd konkretisiert: die positive Verzichtspolitik, die einseitigen Vertrauens-Vorleistungen, die "Friedens-Offensive" der Sowjetunion sind wirklichkeitsgerechte Antwort auf den kategorischen Imperativ des "Neuen Denkens" und zugleich vorweggenommene Praxis seiner noch zu leistenden allgemeinen und umfassenden Durchsetzung auch in anderen Politikbereichen.

Voraussetzungen zur Durchsetzung "Neuen Denkens"

Von den Subjekten, den einzelnen Menschen, verlangen neues Denken die Anstrengung zu neuen Werthaltungen:

- Die Interessen des jeweils Anderen mit den eigenen zu bedenken, die Andersartigkeit des Anderen voraussetzend (Empathie),
- Streit zu kultivieren, Konflikte regelnd und zivil/friedlich auszutragen, statt "End"-Lösen zu wollen,
- Feindbild-Stereotypen zu überwinden (nicht nur auszutauschen oder abzubauen; der "Feind" zwingt zur geistigen bis physischen Auslöschung als "Sündenbock" für eigene Defizite), nur mit "Gegnern" gibt es friedlichen (Wett)Streit,
- zivil, dialogisch, statt militarisiert ("polemisch"), hierarchisch zu denken,

- Eine Sprache des friedlichen Streits zu entwickeln, Begriffe zu überprüfen auf Friedens- und Dialogfähigkeit.

Ohne solche Anstrengung des Begriffes wird die Mühsal täglicher Praxis eines Neuen Denkens und Handelns nicht zu leisten sein. Neue Politik geht davon aus, daß Überleben und Leben nur miteinander, nicht gegeneinander möglich ist, daß es eine Zukunft für die Menschheit nur in einer Welt gibt, die sich als gemeinsame Welt versteht und entsprechend handelt. Eine solche Politik verlangt eine positive Definition von Frieden, der nicht partielle/temporäre Abwesenheit von Krieg ist, mit umfassenden Friedensstrategien zur Überwindung sozialer, ökonomischer und kultureller Ungerechtigkeiten (Weltwirtschaftsordnung, Entwicklungspolitik etc.). Mit einem solchen neuen Blick auf die Herrschaftsverhältnisse wird gezielt auf radikale Veränderung in den internationalen Beziehungen zwischen den Nationen (Recht der Völker statt herkömmliches Völkerrecht), in denen Vorleistungen Mittel einer neuen Diplomatie werden. Die gemäß den Maximen einer solchen Politik handelnde Koalition der Vernünftigen (der Vernunft Zugänglichen) setzt das Primat der Politik gegen die Suprematie des Militärischen durch (gegen militärisch-industriellen Komplex West und militärisch-administrativen Komplex Ost). Diese neue Politik ist globale Politik, statt partikularistischer, rassistischer, regionaler, nationaler Regelungen. Sie setzt auf Stabilisierung von Vertragsverhalten und bedarf der Absicherung durch supra- und internationale Entscheidungs-, Überwachungs- und Schlichtungsgremien (weitreichende Erneuerung der UNO, Schiedsgerichtshof Den Haag etc.). Wir benötigen dringend die Überprüfung alter "Kampfbegriffe" im Systemkonflikt (Friedensfähigkeit des Imperialismus/Kapitalismus, neue Dimensionen friedlicher Koexistenz, Sicherheit/Unsicherheit, Demokratie, Menschenrechte etc.). Eine solche "realpolitische Alternative" zur Realpolitik ergibt sich aus den Veränderungen des Denkens, dem entspricht eine Veränderung der Handlungsstrukturen international wie national. Zu untersuchen wäre, wie sich zunehmend gerade die UNO als richtungsbestimmender Faktor in der globalen Entwicklung herausbildet und deutlicher noch im Abrüstungs- und Friedensprozeß herausstellen könnte. Dies wird nicht ohne Auswirkungen auf traditionelle Block- und Staatenstrukturen bleiben. Dies ist gewiß. Früher belächelte Weltregierungsgedanken könnten heute, zumindest in globalen Menschheitsfragen, eine ganz andere und konkrete Bedeutung erhalten. Dem entspricht übrigens auch eine Relativierung traditioneller Parteienstrukturen. Profil- und machtorientierte Abgrenzungen werden zusehends in den Sog der Einsicht in die Notwendigkeit kommen, gemeinsam nach Lösungen suchen zu müssen.

Daraus ergibt sich - wiederum mit Blick auf die Herrschaftsverhältnisse - nicht, daß deshalb "antagonistische Widersprüche" (Arbeit/Kapital, Industrieländer/Entwicklungsländer, Kapitalismus/Sozialismus, Demokratie/Volksdemokratie) "verwischt" werden - aber sie sind auf die Frage der Kriegs-Verhütung und Friedensstrategie zu beziehen; dies hat selbst Folgen für die Bewertung und Unterstützung von Befreiungskriegen in der sogenannten "Dritten Welt". Zu Erörtern und zu Finden sind neue, veränderte Formen der konkreten Solidarität, die gerade auch für die Zeiten des nicht mehr "heißen Krieges" Solidarität sichern - die Lage Vietnams, auch schon Nikaraguas und anderer Länder sind beredtes Beispiel. Neue Politik verwirklicht sich zentral durch konkrete Abrüstung auf allen Ebenen, ausgehend von der Einsicht, daß Sicherheit nur in nicht-militärischer Kooperation auf allen Gebieten menschlicher Aktivität möglich sein kann.

Neues Denken fördert die gewonnene und gewordene Vielfalt der Argumente und Positionen, es ist unvereinbar mit einem Monopolanspruch auf Wahrheit. Vielfalt meint unterschiedliche Überlegungen der Strategie und taktischen Herangehens. Es beinhaltet nicht nur die Akzeptanz der Unterschiedlichkeit, sondern auch und viel mehr noch zu begreifen, daß wir aus diesen Unterschiedlichkeiten wechselseitig lernen können und müssen. Dies eben schließt ideologische "Besitzansprüche" aus. Vor allem aber auch ein politisches Verhalten, das sich der selbstkritischen Reflexion und der Wahrnehmung neuer Probleme verweigert. *"In der heutigen Welt gilt es, die Augen zu öffnen für neue Fragestellungen. Es ist eine Zeit kühnen Suchens, eine Zeit des Nachdenkens, Zweifelns und Hoffens"* (A. Dobrynin). Wer primär (ideologische) Klarheit als Voraussetzung fordert, statt als Resultat kollektiven Neuen Nach-Denkens, stellt die Dinge auf den Kopf und versperrt den Weg zur Entwicklung praktischer Eingriffsfähigkeit. Wir brauchen aber nichts dringender als den permanenten streitbaren Dialog zur "Konfrontation der Ideen, zwecks Kooperation im Handeln" (W. Höltscher).

Karl-Heinz Hansen

Internationale Europa-Konferenz am 19./20. November in Bonn

Schulzentrum Hardtberg

Die **Eröffnungsreferate** zu neuen Fragen der Freiheit und Gleichheit und von Systemkonflikt und systemübergreifender Kooperation werden von dem marxistischen Philosophen Prof. Hans-Heinz Holz und dem evangelischen Theologen Prof. D. Walter Kreck gehalten.

Themen der Foren- und Expertenrunden sind u.a.:

Sicherheitspolitik und Friedensfrage (Tendenzen der Abrüstung) * Systemkonflikt/Systemkooperation (Perspektiven der Zusammenarbeit) * Die Rolle Westeuropas * Europa und die Strategie der Linken * "Neues Denken" EG-Binnenmarkt * Waffenexporte und EG-Entwicklung * Möglichkeiten atomwaffenfreier Zonen in Mitteleuropa * Europa und die "Dritte Welt" * Abrüstungskontrolle * Einseitige Abrüstung * Kooperationsmöglichkeiten und Aktionsperspektiven der europäischen Friedensbewegungen

Zu den Referenten/Diskussionsteilnehmern gehören u.a.:

Dr. Andrej V. Tsimailo (Abteilungsleiter des Europa-Instituts der Akademie der Wissenschaften/UdSSR),
Dr. Andronik Migranjan (Abteilungsleiter des Instituts für Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems/UdSSR),
Dr. Pawel Podlesny (Abteilungsleiter des USA-Kanada-Instituts/UdSSR),
Ewgenj Noshin (Generalmajor/Professor Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK der KPDSU),
Vladimir Kurzin (Sowjetisches Friedenskomitee),
Martin Jacques (Chefredakteur Marxism Today/GB); *John Chowcat* (Gewerkschafter MSF/London),
Gerry Pocock (Internationaler Sekretär der KP/GB), *Ratsherr Eric Swaine* (Vereinigung atomwaffenfreier Städte/GB),
Dr. László J. Kiss (Politikwissenschaftler Institut für Internationale Studien/Budapest),
Dr. György Nogradi (Politikwissenschaftler, Universität Budapest), *Peter Vajda* (Ungarisches Friedenskomitee),
Johnny Balterzen (Zusammenarbeitskomitee für Frieden/Dänemark), *Kurt Lund* (KP Dänemark),
Dr. Daniel Heller (Psychologen für den Frieden/CSSR), *Ben Cramer* (Friedensforscher/Frankreich),
Pertti Honkaanen (Demokratische Alternative/Finnland), *Johannes Pakaslahti* (Weltfriedensrat/Finnland),
General a.D. M. H. von Meyenfeldt (Niederlande),
Miguel Jorda Tornadas (Vereinigung für Frieden und Abrüstung/Spanien),
Deidre Cantwell (CND Irland)
sowie Vertreter des *Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR*, der *KP Griechenland* und *Schweden*, der *Jugoslawischen Liga für Frieden, Unabhängigkeit und Gleichheit der Völker*.

Aus der Bundesrepublik u.a.:

Dr. Jürgen Altmann (Physiker/Friedensforscher), Angelika Beer (MdB GRÜNE), Claudia Bernds (Bundessprecherkreis DFG-VK), Volker Böge (Friedensforscher), Dr. Ulrich Briefs (MdB GRÜNE), Manfred Coppik (Rechtsanwalt), Richard Detje ("Sozialismus"), Helga Genrich (Informaikerinnen und Informaiker für den Frieden), Prof. Dr. Ute Guzzoni (Philosophin), Karl-Heinz Hansen (FRIEDENSLISTE), Konrad Lübbert (Versöhnungsbund), Jürgen Maier (BAG Frieden GRÜNE), Gunnar Matthiessen (Publizist), Otfried Nassauer (Publizist), Bernhard Pfitzner (DFU), Dr. Jürgen Reusch (Zentrum für marxistische Friedensforschung), Eleonore Romberg (MdL Bayern), Prof. Dr. Hans Jörg Sandkühler (Philosoph), Paul Schärer (BdWi), Hans Günter Schramm (MdL Bayern), Karl-Heinz Schröder (DKP), Dietrich Schulze-Marmeling (Publizist), Frank Schwalba-Hoth (Regenbogengruppe im Europa-Parlament), Michael Stamm (Lehrer/GAL-Hamburg), Dr. Albert Statz (Politikwissenschaftler), Klaus Peter Weiner (Politikwissenschaftler), Andreas Zumach (Journalist/Genf)